

Biebricher Tagesspost

Biebricher Neuere Nachrichten.

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: durch die Botenfrauen frei ins Haus gebracht 85 A monatlich. Bezugsarten, für 5 Nummern gültig, 15 A. Wegen Postbezug näheres bei jedem Postamt.

Biebricher Tagblatt.

Amtliches Organ der Stadt Biebrich

Biebricher Lokal-Anzeiger.

Anzeigenpreis: Die einsp. Colonnenzeile 20 A. Bei Wiederholungen Rabatt. Plag. u. Tagvorchriften ohne Verbindlichkeit. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Guido Seidler, für d. Reklame u. Anzeigenentwurf für den Druck und Verlag Paul Jorjick, in Biebrich.

Notations-Druck u. Verlag der Hofbuchdruckerei Guido Seidler in Biebrich.

Gernsprecher 41. — Redaktion und Expedition: Biebrich, Rathausstraße 16.

N 158

Mittwoch, den 10. Juli 1918.

Postfachstelle
Frankfurt (Main) Nr. 10114.

57. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 9. Juli.
Am Bundesratspräsidenten Bager, Graf Röhren und Schiffer.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 11.25 Uhr.
Abg. Gröber (Ztr.) schlägt vor, eine Mittagspause vorzunehmen.

Präsident Fehrenbach schlägt die Pause von 1 bis 3 1/2 Uhr vor.

Abg. Dr. Wendt (D. Fr.) fragt, wie der Reichsanwalt die schwere Unbilligkeit, die den Hausbesitzern durch das Mietsteigerungs- und Mietverbot durch die Stellvertreter des Generalkommandos des 1., 2. und 7. Armee-Korps zugefügt wird, verhindern wolle.

General v. Brunsberg: Diese Verordnungen erfolgten auf Antrag und im Einvernehmen mit den Zivilbehörden, um eine durch Mietsteigerungen und Mietsminderungen bis zu 45 Prozent entstandene Wohnungsnot und eine daraus folgende schwere Beeinträchtigung der Bevölkerung im Interesse der Sicherheit des Reiches so schnell wie möglich zu beseitigen. Die Verordnungen stellen nur Ergänzungen zur Bundesratsverordnung vom 26. Juni 1917 dar. Sie machen die Mietsteigerungen und Minderungen von der Genehmigung der Mietsteigerungsämter oder der Polizeiverwaltung abhängig. Das die militärischen Vorgesetzten auf Grund des Befehlsgewalt zum Erlass der Verordnung berechtigt sind, kann nicht zweifelhaft sein.

Abg. v. Brunsberg (konf.) fragt an, ob der Reichsanwalt dahin wirken wolle, daß den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern und Arbeiterinnen die nötigen Stiefel und Schuhe beim Eintritt in die Witterung zur Verfügung gestellt werden, eventuell aus den zurückgestellten Beständen der Heeresverwaltung.

Der Direktor im Reichsanwaltschaftsamt Müller erwidert, daß bereits eine Verordnung zu dem gedachten Zwecke erlassen worden sei.

Der Abg. Reuter (N. W.) verlangt in einer Anfrage Auskunft, ob demnach eine Erhöhung der Urlaubsbeträge (2. März Tagesverpflichtung) neben der Wohnung während des Heimaturlaubes geplant ist.

General v. Dorn: Ueber die Erhöhung der Gehaltsbindung zur Selbstbefriedigung ist eine Entscheidung in der nächsten Zeit zu erwarten.

Abg. Dr. Stubmann (natl.) stellt in einer Anfrage die Schwebelagen der Thronfolgerechtsfrage in Preußen dar, indem er sich auf den Artikel 11 des Grundgesetzes bezieht, wonach die Erbfolge in Preußen nach dem Mannesstamm ist. Er fragt, ob die Erbfolge in Preußen nach dem Mannesstamm ist, und ob die Erbfolge in Preußen nach dem Mannesstamm ist.

Unterstaatssekretär Dr. Lewald: Die Thronfolgerechtsfrage ist ein verfassungsmäßiges Recht der einzelnen Bundesstaaten. Die beiden Großherzogtümer Mecklenburg sind gleichmäßig mit Ermächtigungen ausgestattet, ob Herzog Karl Michael, dessen Aufenthalt in Ausland noch nicht ermittelt werden konnte, durch Verzicht seine Thronfolgerechte verloren hat. Gestellt ist, daß er keine Rechte von Ausbruch des Krieges aus der mecklenburgischen Staatsangehörigkeit entlassen ist, Aufnahme im russischen Untertanenverband gefunden hat und als russischer General im Krieg gegen Deutschland gefallenen hat. Die Folgerungen, die sich daraus ergeben, werden ebenfalls zu ziehen sein.

Auf eine Anfrage des Abg. Müller-Meinungen (N. W.) wegen Weiterbefreiung der Mannschaften mit verletzten Bundeswehrangehörigen erwidert General v. Dorn: Keiner Bundeswehrangehöriger ist nicht geliefert worden. Die Kriegsverwundeten sind seit der Verfügung vom 13. Mai nicht mehr in die Provinzialdeputats geliefert worden. Diese Mitteilung ist bis zur Entscheidung über die Befreiung der Verwundeten auf Lager genommen worden. Die bereits an die Provinzialdeputats gelangten Verwundeten werden an die Provinzialdeputats zurückgeführt. Über der Befreiung überall durchzuführen, mag manches Falsch noch an die Truppen ausgegeben worden sein.

Auf eine Organisationsanfrage des Abg. Müller-Meinungen wegen Verminderung der gesundheitsschädlichen Wirkungen erwidert General v. Dorn, daß andere Maßnahmen bereits auf ihre Brauchbarkeit geprüft werden und vorläufig nur reiner Tabak an die Truppen geliefert wird.

Kriegsfeld von 15 Milliarden Mark.

Abg. Cbert (Soz.) beantragt Kommissionsberatung der Ueberweisung an den Hauptausfluß wird nach längerer Diskussion beschlossen.

Es folgt die zweite Beratung der Steuerentwürfe:

Biersteuer und Bierzoll.

Das Gesetz wird angenommen, ebenso das Gesetz über den Bierzoll.

Weinsteuer.

Abg. Hoffmann-Kallert (Soz.): Wir lehnen es ab, durch eine derartige Erhöhung der Steuer einen neuen Steuerzweig zu untergraben. Auch diese Steuer fällt auf die kleinen Massen und nicht auf die großen Massen. Wenn die Weinpreise so außerordentlich hoch stehen, dann wird der Weinbau keine besten Abnehmer verlieren. Wir lehnen die Weinsteuer ebenfalls ab.

Abg. Kopp (N. W.): Meine politischen Freunde in ihrer großen Mehrheit stimmen einer Steuer von 20 Prozent zu, um dies aber in der Erwartung, daß, wenn die befristete Schädigung des Weinergewerbes und des Weinhandels eintritt, die Reichsregierung unverzüglich, auch ohne Drängen des Reichstages eine Verminderung des Weinsteuers und die Herabsetzung der Weinsteuer in Betracht bringen wird.

Abg. Hagen (N. W.): Der Wein ist bei uns in Südwestdeutschland kein Luxusgetränk, sondern ein Volksgetränk.

Gesamte Abänderungsanträge werden abgelehnt, der grundsätzliche § 1 wird unverändert nach dem Ausschussvorschlag angenommen.

§ 2 erklärt zur Entscheidung der Steuer denjenigen für verpflichtet, der Wein an den Verbraucher abgibt. Als Verbraucher ist anzusehen, wer Wein bezieht, ohne Hersteller oder Händler zu sein. Ein Zufuhr des Ausschusses befragt, ob als Verbraucher auch anzuerkennen sind solche Verkaufsstellen und Kleinverwahrer, die lediglich Wein vom Fach verkaufen.

Abg. Hagen (N. W.) befürwortet ein Amendement, monach abgelehnt werden soll: Die lediglich inländischen Wein vom Fach verkaufen.

§ 2 wird mit diesem Antrag angenommen.

Die Zollsätze werden nach den Ausschussvorschlägen genehmigt, ebenso der Rest des Gesetzes.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zum Schammweinsteuergesetz.

Nach dem Antrag Ernst u. Gen. soll das Gesetz einen Monat nach der Verkündung in Kraft treten. Der Antrag wird angenommen und damit die Vorlage im Einzelnen, ebenso eine Resolution, die fordert, daß in Deutschland hergestellte Schaumweine und schaumweinähnliche Getränke als „Deutscher Wein“ zu kennzeichnen sind.

Es folgt die Beratung der Vorlage betreffend die Besteuerung von Mineralwässern

Mineralwässern

und künstlich bereiteten Getränken, sowie die Erhöhung der Zölle für Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade.

Abg. Bud (Soz.): Wir können auch diesem Gesetzentwurf unsere Zustimmung nicht geben. Von Kurorten haben wir jetzt während der Kriegszeit genug bekommen. Wir lehnen uns wieder einmal nach einer richtigen Tasse Kaffee.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (N. W.): Das Verbot der Kommunion, die natürlichen Fruchtstoffe im Wein zu den künstlichen von der Besteuerung freizulassen, halte ich für nicht zweckmäßig.

Abg. Hubert (N. W.): Die Steuer wird tatsächlich dem Verbraucher, dem Leistungsfähigen, auferlegt.

Ein Antrag Neumann-Hofer, die Steuerhöhe, die von der Kommission erhöht worden ist, im wesentlichen auf die Höhe der Regierungsvorlage herabzusetzen, und zwar für Mineralwässer von 0,085 Mark auf 0,05 Mark, für Limonaden und andere künstliche Getränke von 0,15 auf 0,10 Mark, für konzentrierte Limonaden von 1,50 auf 1 Mark und für Grundstoffe zur Herstellung von konzentrierten Limonaden von 30 Mark auf 20 Mark für das Liter, findet durch Sammelbesprechung Annahme.

Die Vorlage wird im übrigen ohne wesentliche Veränderung nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Es folgt der Gesetzentwurf über eine mit den

Post- und Telegraphengebühren

zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe.

Abg. Taubadel (Soz.) wendet sich gegen die Vorlage, die er ungerecht findet. Die Vorteilhaftigkeit der Kurien sollte endlich beseitigt werden.

Abg. Bogner (N. W.) tritt gleichfalls für sofortige Beilegung der fiktionalen Vorteilhaftigkeit ein.

Die Vorlage wird unverändert in der Kommissionsfassung angenommen.

Hierauf verläßt sich das Haus.

Herrenhaus.

Sitzung vom 9. Juli.

Präsident Graf v. Helldorf eröffnet die Sitzung und nimmt dem verstorbenen Sultan Mehmed V. einen ehrenvollen Nachruf.

Auf der Tagesordnung steht die

Beratung des Staatshaushaltsplanes.

Abg. v. Seidlitz-Sandowitz berichtet über die Verhandlungen der Kommission.

Abg. v. Helldorf: Ich habe mich nicht mit dem Dankesworten für unser Heer zu den unergreiflichen Nummern, daß an verantwortlicher Stelle im Reichstag Worte gesprochen seien, die geeignet waren, das Siegesbewußtsein unseres Volkes herabzubringen und erklärt sich gegen einen Frieden auf der Grundlage der Reichsangehörigkeit.

Oberbürgermeister Wilms tritt für eine bessere Verteilung in dem Wohnungsmittelwesen ein; an der Grundlage der Erhaltung von Preiserhöhungen und gleich dürfte nicht gerührt werden.

Bürgermeister Dr. Friedberg: Dem Dank des ersten Vortrags an unser Heer und unseren Kämpfer schließe ich mich mit Freuden an. Er hat darauf hingewiesen, daß das, was an verantwortlicher Stelle im Reichstag gesprochen worden ist, wohl geeignet ist, das Siegesbewußtsein herabzubringen. Ich glaube, das Verständnis ist durch die Rede des Reichsanwalts und des Staatssekretärs aufgestellt. Ich wiederhole meinerseits, daß innerhalb der Reichs- und Staatsregierung keine Rede davon sein kann, daß unsere Siegesgewissheit irgendwie erschüttert worden ist. Es entspricht auch der Auffassung der Mehrheit des deutschen Volkes, daß der Sieg uns gar nicht mehr zu entreißen ist. (Bravo!) Wir haben geglaubt im Osten und werden siegen im Westen. Wir sind überzeugt, daß der Sieg nicht mehr in weiter Ferne ist. (Bravo!)

Es muß durch den Krieg so kommen, daß außerordentlich wichtige und dringende Aufgaben jetzt mehr in der Hand des Reiches als in den Einzelstaaten liegen. Das ist eine Entwicklung, die gänzlich zu vermeiden war. Die Verantwortung des Reiches muß sich weiter entwickeln und wenn dies auf Kosten der Bundesstaaten geschieht, so werden wir uns dagegen sträuben, aber wir werden es nicht verhindern können, daß das Reich gewisse Steuerquellen der Bundesstaaten erhält. Der Reichstag hat die Parlamentarisierung bewilligt, in der wir uns jetzt befinden. Ich glaube, daß keine Zustimmungen in dieser Richtung zureichend sind. Die Bedingungen, unter denen Graf Hertling sein Amt übernommen hat, kann man nicht parlamentarisch nennen. Ich habe mich stets gegen den eigentlichen und romanischen Parlamentarismus ausgesprochen. Ich bin dafür eingetreten, daß die Parlamente und die Regierung in enge Fühlung treten und daß gewisse Staats- und Reichsämter mit Parlamentariern besetzt werden müssen. Wir müssen unsere ganze Kraft einbringen, um eine und geschlossen im Innern zu sein. (Zusammenruf.)

Fürst zu Salm-Salm: Auf das Wahlrecht will ich nicht eingehen. Es handelt sich letzten Endes um den Kampf der parlamentarischen Demokratie gegen die deutsch-aristokratische Weltanschauung. Im internationalen Austausch, mit dem das Parlamentarismus in einem Lande steht, ist alles verknüpft, was jedem konservativen Denken wert sein muß.

Derzog zu Trautenberg: Ich bin weder Jude noch Freimaurer und bedauere, daß in diesem Hause das Trennende vom Berechnenden hervorgehoben wurde. Die Einigkeit befähigt uns zum Durchhalten in diesem Krieg. Die Worte des Beredners haben der Einigkeit Kraft gegeben. Wir wollen es mit dem Kaiser halten, der sagte: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“

Staatssekretär v. D. Dornburg: Ich schließe mich diesen Worten an. Wenn das preussische Herrenhaus sich keine Stellung im Volk erhalten will, muß es sich solche altweltliche Ausrichtungen verbitten. Auch ich weiß, daß unsere Truppen, die hunderttausend in der Tat einen Frieden, der unsere Zukunft sichert. Aber die Männer an der Front wünschen auch nicht eine Stunde länger Krieg, als notwendig ist, um den Frieden zu erhalten, den wir brauchen. Und dazu bedarf es der Mithilfe der Diplomatie, die dabei von der öffentlichen Meinung unterstützt werden muß. Noch nie ist ein Friede auf dem Schlachtfeld geschlossen worden. Auch heute kann keine friedliche Stellung im Reich nur behaupten, wenn es moralische Eroberungen macht, und ich bezweifle, daß es solche Eroberungen gemacht hat. (Bravo!) Wenn die Wahlrechtsfrage zur Angelegenheit ist, so beweist das nur, daß sie zehn Jahre zu spät gekommen ist. Wo so ungeheure Anforderungen an das Reich gestellt werden, da geht es ohne eine steuerliche Befreiung zwischen Reich und Einzelstaaten nicht. Da kann nicht jeder Staat an seinen einzelnen Steuern festhalten. Preußen soll gewiß nicht unter die Räder kommen, aber das geht nicht auf dem Wege, den Graf Helldorf vorschlägt. Bei der Veränderung der staatsrechtlichen Verhältnisse im Reich hat man eine Republik nicht gedacht, in keiner der Wehrheitsparteien des Reichstages. Einen Gegenstand zwischen germanisch-aristokratisch und jüdisch-demokratisch gibt es nicht. Das sind überlebte Begriffe. Wir müssen unsere Meinungsverschiedenheiten austragen, aber so, daß die Einigkeit nach außen und innwärts geklärt wird und die Hebung erfolgt, daß wir durch den Sieg unserer Waffen in Verbindung mit einer geschickten Diplomatie den Frieden erringen werden.

Abg. Graf v. Helldorf: Ich bezweifle, daß diese Ausführungen die von dem Redner gewünschte Einigkeit fördern. Auf dem Schlachtfeld ist allerdings noch kein Friede geschlossen worden, aber auch noch niemals ohne heftige Schlachten. Der Sieg ist die Voraussetzung der Befriedung. Nur im Kampfe erringen sich die Völker ihr Leben und darum wollen wir auf moralische Eroberungen verzichten. Das hat auch England getan. Deshalb sind alle Völker so nachgiebig gegen England? Weil sie sich fürchten! (Sehr richtig!) Ich hoffe, daß unsere Steuerlasten sich durch eine künftige Kriegswirtschaft vermindern werden. Wir wollen einen kleinen Krieg führen, der unsere Steuerlasten nicht zu hoch macht. (Beifall.)

Oberbürgermeister Wilmshoff: Ich überlasse die Rolle des Beamtentums und bitte, daß die Regierung sich seiner energisch annehme.

Herr v. Didenburg-Dannewitz: Ich unterbreite diese Anregung. — Der beste Beweis, daß das Reich in die preussischen Verhältnisse eingetreten, geht aus der Versicherung des Reichsanwalts von Jauer hervor, daß er mit dem preussischen Wahlrecht nicht einverstanden ist. Was geht ihn das preussische Wahlrecht an? Wenn der Reichsanwalt hier wäre, dann würde ich ihn bitten, dafür zu sorgen, daß solche der Befriedung widersprechenden Versicherungen unterbleiben. Herr Dornburg empfiehlt uns moralische Eroberungen. Auf diesem Wege ist Preußen nicht zur Großmacht geworden. Es verdient seine Stellung den Hohenollerntürmen, die für ihr Land gearbeitet haben und gekämpft sind. Die Empfehlung von moralischen Eroberungen führt uns zu Stellen zu Ehren des Vorkämpfers. Das machen wir nicht mit.

Oberbürgermeister Helldorf: Auch wir zweifeln nicht an unserem Sieg. Wir sind durch Dank schuldig unseren Truppen, unseren Beamten, dem ganzen Volk, der Industrie, den Frauen. Redner nimmt dann das bestehende Ernährungsproblem in Schutz.

Fürst zu Salm-Salm: Ich habe nicht die Absicht, unter den Staatsbürgern jüdischen Glaubens vorzuwerfen, daß sie ihre Pflicht nicht getan hätten. Das würde in den Tatsachen in Widerspruch stehen. Ich habe auch nicht Unrecht in das deutsche Volk getragen. Ich habe nur auf den Widerstand der Weltanschauungen hingewiesen, die vorhanden ist und auf den die Justizsysteme zurückzuführen sind.

Staatssekretär v. D. Dornburg: Ich stelle fest, daß es allerdings an einem Diner beim amerikanischen Vorkämpfer Gerard teilgenommen habe, einem Diner, an dem auch der Staatssekretär und andere hohe Beamte teilgenommen haben. (Zusammenruf!) Ich habe Herrn Gerard auch niemals als geeignetes Objekt für moralische Eroberungen angesehen und mich daran nie verlost. Ich habe aber ganz auf bei ihm gewartet. (Beifall.)

Professor v. D. Dornburg: (Nachdem) steht im Hinblick auf die Wahlrechtsfrage auseinander, daß eine Neuordnung notwendig ist, daß sie aber in dieser Stunde eine Unmöglichkeit gegen das Heer ist, weil sie das Volk zu sehr belastet. An der Front draußen fühlt sich jeder als Sieger, in der Heimat hört man das nicht. Es wäre zu wünschen, daß die Verantwortlichen des Heeres sich auch auf unser Volk übertragen.

Oberbürgermeister Trautenberg: Ich protestiere gegen die hier gehörten Ausführungen über die Freimaurerei und stelle fest, daß die deutschen Freimaurer sich grundsätzlich von Politik fernhalten.

Damit schließt die Debatte.

Staatssekretär v. D. Dornburg: Die Einschränkung der Wahlrechtsfrage ist vor der Urne leichter zu tragen, als wenn sie eine im Herbst einsetzende wäre. Unser System ist als produktionshemmend bezeichnend worden. Wenn aber der Landwirtschafswirtschaft, Pferde und künstlichen Düngern fehlen, so liegt das nicht im System, sondern es ist eine Kriegsnotwendigkeit. Wir sind der Landwirtschaft dankbar dafür, daß sie das Brot für Heer und Volk beschafft hat. Dies ist als eine ganz außerordentliche Leistung anzuerkennen, und wir hoffen, daß die Landwirtschaft demnächst kein Mißstand, für die Ernährung von Heer und Volk auch die künftigen Jahre zu sorgen. Gemüß wird der Artikel sein, der am ersten von der öffentlichen Bewirtschaftung befreit sein soll. Inzwischen können wir an einen Abbau der öffentlichen Bewirtschaftung erst dann herangehen, wenn die Vorräte größer sind als der Bedarf.

Oberbürgermeister Koch (Kaffee): Auch ich bin der Ansicht, daß, solange Angebot und Nachfrage nicht einigermassen ins Gleichgewicht gebracht sind, an einen Abbau nicht gedacht werden kann. Wir sollten von einer zu häufigen Kritik Abstand nehmen. Wir müssen das jetzige System so lange tragen, wie das öffentliche Wohl es erfordert.

Herr v. Didenburg: Das jetzige System hat den Schleichhandel zur Folge gehabt. Ohne diesen wären die Großstädter längst verhungert. Das System zu ändern ist natürlich schwer, aber mit dem Abbau sollte man allmählich beginnen. Deshalb möchte ich mir, daß dieses System auch nach dem Krieg erhalten bleibt.

Graf zu Stolberg-Bernburg: So man durch eine mangelhafte Wirtschaft hinkommt, das zeigen die Verhältnisse in Österreich. Ohne öffentliche Bewirtschaftung hätten wir keine ausreichende Versorgung. Deshalb sollte man mit der Kritik vorsichtig sein.

Oberbürgermeister Koch (Kaffee): Die Verhältnisse würden besser sein, wenn die öffentliche Versorgung, die wir nicht entbehren können, früher einsetzt hätte.

Stadtdirektor Trautenberg: Während der Kriegszeit müssen wir das jetzige System der Versorgung aufrechterhalten. Freilich ist ohne den Schleichhandel eine richtige Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln nicht möglich. Obst, Gemüse und Eier könnten dem freien Handel überlassen bleiben. Mit dem Ab-

bau sollte man nicht so lange warten, bis die Produktion den Konsum erreicht, jedenfalls sollte man das System so frei wie möglich gestalten. Wenn man einseitig zusammenhalten, dann werden wir die Schwierigkeiten überwinden.

Oberbürgermeister Dr. J. J. (Duisburg): Die Kartoffelverfälschung ist unter dem jetzigen System sehr auf dem Steigen gegangen, ebenso ist die Karmelabverfälschung vornehmlich geworden. Auch ist die Weinung, daß wir ohne den Schleichhandel in der Verfertigung der Städte und der industriellen Bevölkerung leicht gefährdet wären. Zur Zeit können wir mit dem System der öffentlichen Bewirtschaftung nicht abgeben.

Oberbürgermeister Wermuth (Berlin): Alle großen Verbrauchsgegenstände müssen zu dem System stehen, das wir notgedrungen haben annehmen müssen. Es war eine rettende Tat, als um die Jahreswende von 1914 die öffentliche Gewalt zunächst bei Getreide eingriff. Die öffentliche Bewirtschaftung darf während des Krieges wenigstens für die Hauptnahrungsmittel, Getreide, Fleisch und Kartoffeln unter keinen Umständen aufgegeben werden. In Duisburg, Düsseldorf: Der Schleichhandel mußte sein, sonst wären die Städte verhungert. Er muß auch bekämpft werden aus Gründen der Moral; aber man sollte auch in der Moral nicht zu weit gehen. (Weiterkeit.) Wenn der Schleichhandel ausländische Waren einführt, so sollte man ihn unbedingt lassen.

Staatsminister v. Walldorf: Gerade für die Kartoffelverfälschung ist die öffentliche Bewirtschaftung erforderlich. Wir haben jetzt das Unglück gehabt, daß die Kartoffelernte in diesem Jahre um etwa 10 Tage sich verschoben hat.

Oberbürgermeister Wilmers (Potsdam): Das System der Kartoffelverfälschung hat sich gut bewährt, jedoch wir ohne Sorge in die Zukunft blicken können.

Die Besprechung schließt. Der Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung wird bewilligt. Die Weiterberatung des Haushaltsplans wird auf Mittwoch vertagt.

Die Kriegslage.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers.

Abd. Berlin, 9. Juli, abends. Schwere Kämpfe wurden in der Nacht im Westen abgewiesen. Östliche erfolgreiche Kämpfe in der Gegend von Trier.

Aus dem Osten: Tagesbericht vom gleichen Tage:

Abd. Wien, 9. Juli. In der italienischen Front keine besonderen Ereignisse. Im Albanien dauert der Druck der über die Balkan vorrückenden feindlichen Kräfte nach. Südwestlich von Berat kam es zu Kämpfen. Im Zusammenhang mit diesen Kampfhandlungen erzielten die Franzosen am oberen Drini Raumgewinn.

Die Beuteziffern der Italiener.

Abd. Wien, 8. Juli. Zum Nachtrag des italienischen Heeresberichtes vom 6. Juli bemerkt das Kriegspropagandabüro:

Wenn die Italiener aus ihren Fortschritten im Biase-Delta möglichst viel Kapital schlagen, so sei darüber kein Wort verloren. Dagegen verdienen die Gefangenen- und Beutezahlen scharfe Abwägung. Die Zahl der durch die eingebrachten Gefangenen ist durch die letzten Kämpfe an der Gibratrar- und an der unteren Biase höchstens um 300 Mann, das ist seit Beginn der Schlacht in Biase von 12 000 auf 15 000 gestiegen. In der Tatstärke ändert sich der 23 911 Gefangene nicht, der Italienerseits „gezählt“ worden ist.

Die dem f. u. t. Armeeoberkommando anmeldebare Gefangenenbeute beläuft sich seit dem 15. Juni auf insgesamt 12 Gefangene. Man muß da füglich die Frage stellen, ob die fünfmalige Überlieferung des italienischen Berichtes nicht dadurch entstanden ist, daß der Feind seine „juridischen“ Gefangenen, das heißt, die von uns wieder freigegebenen italienischen Gefangenen mitschlägt. Da mag solche Renegadergier sein. Es ist schließlich verständlich, daß wir bei der Räumung des rechten Biaseufers das Hauptgewicht auf das Bergen unseres Materials gelegt haben.

Schlammwerke finden sich aber die Überlieferung auf das Jüngste auch in den feindlichen Angaben über die Maschinenabwehr. In der Tat haben wir nicht viel über 200 Stück dieser Waffe eingebracht, eine Ziffer, die in Anbetracht der großen Menge dieses wichtigen Kampfmittels als durchaus normal bezeichnet werden muß.

Die drei Vergleiche genügen, auch andere Angaben des italienischen Heeresberichtes über die Beute ins rechte Licht zu legen.

General Smuts über die Verdienstschilder.

General Smuts hielt kürzlich in Glasgow eine Rede, aus der die Agentur Reuters und die Londoner Blätter verschiedene Stellen brachten, aber die bemerkenswerte Stelle verschwiegen. Nach einem großen Glasgower Blatt, das die Rede General Smuts bringt, sagte dieser aus:

Sie haben in jeder Zeit viel von Friedensunterhaltungen gehört, und Sie haben Entschlüsse gefaßt, die in der ganzen Welt sehr großes Aufsehen erregten. Ich bedaure diese Entschlüsse tief, denn mir scheint, daß die Kriegsführer, wenn dieser Krieg überhaupt zu Ende kommen soll, von Zeit zu Zeit verstanden müssen, ungezügelter Fühlung miteinander zu gewinnen. Es scheint mir von größter Bedeutung, das zu tun. Andernfalls ist die einzige Alternative: Der Krieg bis zu einem vollständigen Ende auszufohlen und bis zur vollen Wiederherstellung der einen oder anderen Seite. Wollen Sie aber nicht bis zu einem Zusammenbruch weiterkämpfen, dann ist es doch sicher nötig, von Zeit zu Zeit ungewogen ausfindig zu machen, wie die Dinge liegen, was der Feind denkt und welchen Vorteil Sie aus seiner Auffassung der Situation ziehen können. Wir werden in diesem Krieg keinen Frieden durch bloße Hoffungen gewinnen können. Wir werden unsere ganze Diplomatie und alle unsere verfügbaren Kräfte einsetzen müssen, um ihn zu einem festgelegten Ende zu bringen. Die Konferenz, die schließlich zusammengerufen werden wird, wird die Konferenz sein, um die Einzelheiten festzustellen, nachdem die Hauptkriegsführer über die Hauptpunkte einig geworden sind. Und wie soll man dazu kommen, wenn man nicht miteinander reden will? Und wie soll man miteinander reden, wenn Verhandlungen losgelassen werden und man sich Vorwürfe an den Kopf wirft? Ich bin ganz sicher, daß das höchste Ziel der Friede, nicht durch die Tapferkeit unserer Armeen, sondern durch die Waffen unserer Diplomatie erreicht werden wird, wenn die Zeit für die Erreichung eines befriedigenden Friedens reif ist.

Es ist interessant, diese Ausführungen mit denjenigen des Herrn v. Kühlmann zu vergleichen.

Amerikanische Eroberungsgelüste.

Abd. Berlin, 9. Juli. Unter der Überschrift „Hinüber über den Rhein“ berichtet ein Telegramm der Londoner „Morning Post“ aus Washington über die Einführung des Verteidigungsgegesetzes im amerikanischen Kongress. In dem das führende Kongressmitglied Vorlesung den Entwurf zur Annahme empfahl, führte er aus, daß die amerikanische Armee dadurch in den Stand gesetzt werde, den Rhein in voller Kraft und Stärke zu überschreiten und dabei allen Hindernissen, denen sie begegnen könnte, gewachsen zu sein.“ Bekanntlich hat im Vorjahr der damalige britische Minister Sir Curzon die viel beachtete Redewendung gebraucht, England's Krieg sei, die deutschen Heere über den Rhein zurückzuwerfen. Diese Behauptung hat man in England kürzlich verglichen als eine bedeutungslose Entfaltung hinzustellen versucht. Die dem genau entsprechende Erklärung des amerikanischen Abgeordneten beweist jedoch, wie tief die Eroberungsgelüste, wie tief die Kriegsstimmung der amerikanischen Völker wurzelt.

Deutsche Arbeit und Ordnung.

In den von uns besetzten Gebieten im Osten haben ganz besonders Posen, Ostland und West-Pruken unter den zerrütteten, aller Ordnung und alles Rechts baren Zuständen leiden müssen. Die unglücklichen Gebiete, die seitlich während der Revolution der Willkür einer rauh, raub- und heuchlerischen Soldateska ausgeliefert waren, waren schwerelos ohne das Eingreifen der deutschen Truppen noch weiter schwerer heimgesucht worden. Dies wird auch aus der von der uns befreundeten Bevölkerung anerkannt. Bezeichnend für die Stimmung und die Hoffnungen, insbesondere der West-Pruken, ist eine Rede, die das Mitglied der Reichstags-Verordnung des Reiches Vepel im Oberhaus hielt. Herr

Baron Vepel, am 28. Mai in einer Versammlung der Reichstags-Vertreter des gesamten Reiches gehalten hat.

Nach einer eingehenden Schilderung der trübsamen Verhältnisse, die vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in seinem eigenen Vaterlande bestanden und zahllose unschuldige Opfer forderten, und nach einer Darstellung des völligen Zusammenbruchs aller wirtschaftlichen Ordnung kam der Redner auf den Einmarsch der deutschen Truppen zurück, die nicht als Eroberer, nicht als Feinde, sondern als Freunde gekommen waren. Wörtlich führte dann Herr Vepel aus:

„Nun geschah ein Wunder. Die Gegend, in der die Leiden, die das Leben begann in geordneten Bahnen zu kommen, und die Menschen, die während dieser vier Jahre sich der Arbeit entwandt hatten, begriffen, daß Arbeit und beherrschte Ruhe, aber nicht Raub und Wut die ersten Quellen des Wohlstandes aller Bürger überhaupt sind. Wenn auch unter Leben noch nicht wieder ins Gefüge gekommen ist, so ist doch jener Tag nicht fern, wo alle verstehen, alle entschließen begreifen werden, daß Ordnung besser ist als Unordnung. Uns allen ist es wohl bekannt, daß das Deutsche Reich das höchste Kulturland ist, daß die Söhne des Deutschen Reiches das höchste Kulturvolk in der Welt sind, das seine Wohlfahrt auf beherrschte Ruhe und Arbeit, auf Wissenschaft und Bildung gründet. Wenn in dieser unruhigen Zeit, die so schwer zu durchleben ist, manche auch unzufrieden sind mit den Ordnungen, die augenblicklich eingeführt wurden, so ist doch gleichsam eine vorübergehende Woge, die entsprechend der Einklinkung des Lebens in geordnete Bahnen aufgehoben werden und in einen ordnungsmäßigen Zustand hineinkommen wird. Für alles das werden wir unseren Freunden, den Deutschen, zu Dank verpflichtet sein. Denken Sie daran, wie unendlich unser Volk ist, wie arm wir an Kultur sind, und es scheint mir dann, daß jeder, der mit Bewußtsein Bürger ist, verstehen muß, daß wir Arbeiter brauchen, die uns Arbeit und Ordnung lehren und ein Ende machen mit unserer jahrhundertelangen Unwissenheit. Diese Lehrer können für uns nur die Deutschen sein, denen wir bereits zu Dank verpflichtet sind für die Rettung aus innerer Zerrüttung und denen wir noch weiter zu Dank verpflichtet sein werden für die Rettung vor dem Hunger. Diese Männer der Ordnung wollen wir bitten, so lange wie möglich unter uns zu bleiben, und wir wollen den Wunsch aussprechen, daß sie, die unsere Gegend besetzt haben, auch künftighin für ihren Wohlstand sorgen und uns alle unter ihren Schutz und unter ihre Herrschaft nehmen mögen.“

Diese bewundernswürdige Rede, die uns andeutet, wie die aus Not und Sorge Betreten sich die Zukunft ihres Landes denken, hat die Zustimmung aller zweifelsfrei Semstus-Berliner in der Reichstagsversammlung gefunden. Sie dokumentiert vortrefflich die Stimmung aller Volksklassen und ist ein erneuter Beweis dafür, wie rasch es dank deutscher Arbeit und Ordnung der deutschen Verwaltung und der Befehlshabergruppen gelungen ist, sich die Achtung und das Vertrauen der Einwohner zu erwerben.

Tages-Rundschau.

Wechsel im auswärtigen Amt.

Abd. Berlin, 9. Juli. Wie zuverlässig verlautet, hat der Kaiser das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs v. Kühlmann angenommen. Als sein Nachfolger wird der bisherige Gesandte in Christiania, v. Himpf, genannt. Eine endgültige Entscheidung ist jedoch noch nicht getroffen worden.

Die Einheit der inneren Front.

Mit Kühlmanns Austritt ist eine Lücke gefüllt worden, die nachgerade unersetzlich und unerträglich geworden war. In die größte Lücke wurde sie durch die Vorgänge vor zwei Wochen gerückt. Die Rede des Staatssekretärs vom 24. Juni legt sich auf die Stimmung wie ein heißes Tuch, und die Wirkung erwies deutlich genug, daß Kühlmann das erlösende Wort, das die Stunde erhellte, nicht gefunden hatte. Schlimmer indes war, daß er gesprochen hatte, ohne sich zuvor mit der obersten politischen wie militärischen Leitung ins Einzelne einzuvernehmen. Der Kanzler sah sich am folgenden Tage genötigt, mit einer Erläuterung zur Rede einzugreifen, und aus dem Großen Hauptquartier kam ein Echo, das nicht auf den Chamaeleonten gestimmt war. So wenig erbaulich nun auch die Rede an sich sein mußte, so hätte man sich schließlich doch noch mit ihr abgefunden, wenn sie nur der Ausdruck einer einheitlichen, in sich geschlossenen Politik der leitenden Kreise gewesen wäre. Das war sie aber nicht, wie sich ja am nächsten Tage deutlich genug von zwei Seiten her zeigte. Die Entfaltung einer heillosen Zerfahrenheit der Anschauungen mußte verwirklicht werden, denn was wir in diesen Zeiten vor allem brauchen, ist Geschlossenheit, ist Einheit des Willens und Handelns und Lebens aller dazu Berufenen, nicht aber Politik auf eigene Faust, bei der der Rechte nicht weiß, was die Linke tut, besonders nicht in einem Augenblick, da die Unruhe begierig ist auf das Wort, das von Regierungskreisen fallen sollte. Der Widerhall aus dem Ausland, den feindlichen wie dem neutralen, mußte auch dem Redner zeigen, daß er die beabsichtigte Wirkung nicht zu erzielen vermocht hatte. Und dieser Mißerfolg mußte nur noch den peinlichen Eindruck verstärken, den die Abweisung des Durchsicherungs- und Gegenüberstehens nach innen hin erzeugen mußte. Es war ein unhaltbarer Zustand. Er ist durch den Austritt v. Kühlmanns behoben worden. Die Wahl eines Nachfolgers kann nur den einen Sinn haben, die führenden Kräfte auf einer einzigen Linie auszurichten und sie nach einer einzigen Richtung hin zu sammeln. Dann wird auch das Volk zu folgen vermögen, und es wird sich wieder einstellen, was in der jüngsten Zeit in bedenklichem Grade abhanden gekommen war, die Einheit auch der inneren Front. (Köln. Ztg.)

Abd. Hinblicklich der Verlegung des Kriegsministeriums, wonach die Verlegungsmöglichkeiten des Jahres 1909 entfallen werden sollen, sind vielfach Zweifel darüber entstanden, ob die Kriegsteilnehmer aller Dienstgrade einschließlich der Offiziere unter dieser Verlegung fallen. Ebenso herrscht vielfach Unklarheit darüber, ob unter die Verlegung, wonach Verlegungsmöglichkeiten, die über 45 Jahre alt sind, nachdem sie ein halbes Jahr in vorderster Linie getämpft haben, aus der Front gezogen werden können, alle Dienstgrade, also auch die Offiziere, fallen. Auf diese beiden Fragen von Heeresangehörigen hat das Reichstagsabgeordnete Gohmann sich im Auftrag des Reichstags an das Kriegsministerium gewandt. Darauf ist folgender Bescheid eingegangen: Auf Querhochwohlgebornen Schreiben vom 12. April 1918 teilt das Kriegsministerium ergeben mit, daß in dem Gesetz vom 1. April 1918 betreffend Entlassung der Verlegungsmöglichkeiten des Jahres 1909 eine Ausnahme nach Dienstgraden nicht gemacht worden ist. Es gilt also auch für Offiziere. Die Verlegung über Zurückführung der über 45 Jahre alten Verlegungsmöglichkeiten aus der vordersten Linie hatte nur die dem Reichstagsangehörigen im Auge, also bis zum Offiziersalter, strecken aufwärts. Wende auf Zurückführung von älteren Offizieren aus der vordersten Linie sind bisher beim Kriegsministerium nicht laut geworden. Im Einzelfalle würden entsprechende Anträge wohlwollend geprüft werden.

Die Ermordung des Grafen Mirbach.

Die Kämpfe in Moskau.

Abd. Wien, 9. Juli. Zur Ermordung des deutschen Gesandten Grafen Mirbach sind folgende Meldungen eingetroffen: Nach der Tüchtigkeit der Mörder in das Gebäude, in dem der in Moskau tagende Konvent der linken Sozialisten-Revolutionäre untergebracht ist, entspannen sich im Laufe der Nacht vom 6. auf den 7. Juli heftige Schießkämpfe, bei denen erwiesenermaßen englische Militärsen tätig waren. Die Sowjettruppen haben aber dank ihrer sofortigen starken Zufälle die Ordnung rasch wiederhergestellt. Die Führer der Sozialisten-Revolutionäre wurden aus dem Konvent heraus vertrieben. Ob die Mörder auch schon gefaßt sind, ist nicht bekannt. Gegen 7 Uhr abends war in Moskau stürmische Ruhe eingetreten. Artilleriefeuer war nicht zu hören, nur noch plötzliches zeitweiliges Gewehrfeuer. Die russische Regierung ließ in Flugblättern eine Erklärung verbreiten, in der sie die reifliche Unterdrückung der ganzen Bewegung in Aussicht stellt und für den Fall des Wiederausbruchs die volle Verantwortung den Sozialisten-Revolutionären überläßt.

Berlin, 9. Juli. Nach den aus Moskau hier eingetroffenen neuesten Meldungen ist der sozialrevolutionäre Putsch von den Bolschewiki niedergeschlagen und die Herrschaft der Sowjetregierung mehr als zuvor befestigt.

Berlin. Die Leiche des ermordeten deutschen Gesandten Grafen Mirbach wird von Moskau nach Deutschland übergeführt werden. Die Beisetzung wird auf dem Stammschloß der gräflichen Familie im Rheinland stattfinden.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Biebrich, den 10. Juli 1918.

Das Eiserne Kreuz erhielten: Landsturmmann Karl Spitz, Beamter der Firma Kalle u. Co. (Somit trägt der dritte Sohn des Lagermeisters Philipp Spitz diese Auszeichnung).

Schule Leopold Müller, Sohn von Paul Müller, Frankfurt a. M.

Landsturmmann Sebastian Schiemmer, Bleichstraße 17.

Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe wurde verliehen Herrn Postleutnant Karl Appel.

Dem Kgl. Oberbahnassistenten Karl Lieberman wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

Vollständige Nachrichten. In vorletzter Nacht wurde am Rhein eine planlos umherirrende Frauensperson aufgegriffen, und da sie zweifelhafte Angaben machte, in Schutzhaft genommen. Nach Prüfung der Sachlage wurde sie gefaßt zu ihren in Wiesbaden wohnenden Eltern entlassen. — Vermischte wird seit 7. 12. 17 das Dienstmädchen Kamilla Steinweg, 22 Jahre alt. Nach einem hinterlassenen Zettel hat sie wahrscheinlich Selbstmord begangen. Die Vermutung ist, daß sie etwa 1,55 Meter groß, bräunlich, blaue Augen, hat rote Lippen und etwas eingedrückte Stirn. Sie war gekleidet mit einem grauen Mantel, grauem Rock und graublaue Bluse. Wer Angaben über ihren Verbleib machen kann, wird gebeten, dies der Polizeidirektion (Kriminal-Abteilung, Zimmer Nr. 12) mitzuteilen. — Ein Tagelöhner wurde beim Obfischen von einem russischen Gefangenen, welcher bei dem besten Willen in Arbeit steht, betrogen. Der Tagelöhner zog dabei sein Messer und verletzte mit diesem den Gefangenen schwer. — Ein Landwirt von außerhalb kam wegen Hochpreisüberhöhung zur Anzeige. Weiter wurden Anzeigen vorgelegt wegen Verweigerung einer jugendlichen Person nach 10 Uhr auf der Straße und 12 wegen Geldbruchentwendung.

Am Rhein- und Raingebiet. Der große Segen der letzten Regengüsse zeigt sich in der ganzen landwirtschaftlichen Kultur von Tag zu Tag in immer erfreulicherem Maße. Wo zu Mitte Juni noch bange Sorge war, daß herrschte heute allseitig frohe, unverfälschte Hoffnung. Die vielfach schon verloren gegangene Sommerernte steht heute namentlich im mittleren Rheingebiet und namentlich auch im Niederrhein in der besten Lage. Die Gerste hat vielfach eine Höhe erreicht und dabei so kräftige Lehren entwickelt wie in den besten Jahren. Weizen steht es mit dem Halter. Am meisten erfreut indes der sehr gute Stand des Roggens. Selten noch entwickelten sich die Körner zu solchem Umfang wie in diesem Jahre. Man rechnet mit Bestimmtheit überall auf einen sehr reichen Körnerertrag. Für unsere gesamte Spätkartoffelernte bedeuten die Regengüsse geradezu die letzte Rettung, denn bei weiter anhaltender Dürre wäre diese wichtige Ernte schwer bedroht gewesen. Heute stehen auch die Kartoffeln überall recht gut. Nur für die Frühkartoffeln kam der Regen leider etwas zu spät. Hier ist im Sandboden namentlich mit geringeren Erträgen zu rechnen. Dafür gedeiht jetzt das Gemüse allenthalben um so besser. Dasselbe gilt von den Bäumen und Nadelbäumen und allen Futterpflanzen. Von hohem Wert waren die letzten Regenwässer auch für die verschiedenen Bäume des Waldes, wie namentlich für die Heidebäume und Hainbäume, welche letzteren namentlich bei längerer Trockenheit stark abgeblüht wären. So waren die letzten Regengüsse in der Tat für unsere gesamte Ernährung von allergrößter Bedeutung.

Am Wiesbaden. Am Biebrich sind etwa 500 Straßenzüge wegen milder Gefährlichkeit, weil sie nicht die vorgeschriebene Zahl von Eichen zur Befeuchtung gebracht haben, eine ganze Zahl der beteiligten Personen aber hat Einspruch erhoben mit der Behauptung, überhaupt Eichen nicht zu besitzen. Auch die Eichenau W. verweigerte, die auf sie entfallende Geldzahl abgeliefert zu haben, da von den 3 Eichen, die sie gehalten habe, eines eingegangen und ihr im übrigen das tatsächlich abgelieferte Quantum auf die Hälfte herabgesetzt sei. Das Schöffengericht verurteilte sie zu 3 Mark Geldstrafe, weil sie innerhalb 12 Eier hätte abgeben müssen, während sie deren nur 6 abgeliefert hat.

Elster. Die Rheingauische Kreiszeitung: Die in letzter Zeit aufgetretenen Stromunterbrechungen sind verursacht durch Fehlen und Mischeln von Hochfluten. Durch das Einfließen eines Schiffs mit Hochfluten werden die Unterbrechungen namentlich erhöht.

Schlagenbach. Freier v. Krausopf auf Schlagenbach, hiesiger Bauherr, hat am 11. Juli seinen 70. Geburtstag.

In Langenlonsbach starb der Hofstallmeister Dienbach, eine bekannte Persönlichkeit.

Homburg. Das königliche Schloß ist zur Befestigung wieder freigegeben worden. Es ist gefaßt von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.

Frankfurt. Die Schuhhütte am Hauptbahnhof abgebrochen. Die Schuhhütte ist verschunden. Die Eigentümerin des Hauses legte die Benutzung des Bodens auf, da sie nicht abgebrochen werden. Sechshundert Jahre hat sie ihren Zweck erfüllt und schon, ehe die Wirtschaften am Hauptbahnhof standen, den Wonnern gute Dienste geleistet. Es ist beabsichtigt, sie im Tausch aufs Neue in derselben Form an anderer Stelle errichten zu lassen.

Cimburg. Eine etwa 34 Jahre alte Person von auswärts, die sich seit einiger Zeit bei einer hiesigen Familie aufhielt, wurde am Samstag vormittags auf der Station Eisenbahnbrücke tot aufgefunden. Man nimmt an, daß die Unglückliche in einem Anfall von Geisteskrankheit von einem Zug überfahren worden sei.

Sprenglingen i. A. Rheinl. Wenig nobel zeigte sich ein Handelsmann aus dem benachbarten Wöllstein, der auf einer Bahnfahrt von hier nach Bingen, ein Postpaket mit 20 000 Mark Inhalt liegen ließ. Das Paket wurde sofort von einem hiesigen Bahnwärter, der dieselbe Strecke auf einer Dienstfahrt fuhr, im Wagen abgeholt und sofort unterwegs in Offenbach abgeliefert. Der Handelsmann war überglücklich, als er seinen verlorenen Schatz so rasch wieder erhielt und schenkte dem ehrlichen Finder ganze fünf Mark.

Am eigentümlichen Weise büßte die Tochter eines Landwirts zu Thunfischen ihr Leben ein. Das Mädchen öffnete das Scheuer, um nach rasch vor einem Gewitter einen Heuwagen in die Scheune zu verbringen. Hierbei verlor sie den Heuwagen in die Erde, und das auf der Scheune angebrachte Altkleid, durch den im gleichen Augenblick ein Blitzstrahl ging. Es blieb auf der Stelle tot.

Am Kreuznach. Sonntag abend kurz nach 6 Uhr ereignete sich auf dem Hauptbahnhof ein Unglücksfall. Der Zugführer August Käßler wollte, von Frankfurt kommend, den Personenzug Kreuznach-Bingerbrück besetzen, wurde aber von der Maschine des letzten Zuges erfasst und eine ganze Strecke mit fortgeschleppt. Schwer verletzt brachte man ihn nach dem Lazarett, wo er bald starb.

Am. Die schwere Schneefallsturm, die im Winter bei Hochfluten in die Röhre gestürzt war, wurde mit Winden und Kränen bereits ein Stück aus dem Flußbett gehoben, wobei man auch noch 4 Leichen von Militärpersonen fand, die seit dem Unglück vermisst waren.

Bemischtes.

Der Reichsbund für Heimatschutz, der sich aus den Vereinen und Vereinen der Heimatschutzbewegung auf schriftlichem Wege zusammengeschlossen hat, hielt in Berlin seine erste Tagung ab, in der Prof. Dr. Hans Thoma und Prof. Heinrich Schöner zu Ehren vorstünden, Prof. Dr. Hans Thoma und Schriftführer Dr. Richard Berg zu Berlin den Vorsitz führten. Direktor Münter sprach über die Ziele des neuen Bundes und die Vorarbeiten zur Gründung. Prof. Hans Thoma führte in seiner programmatischen Rede

Verlag der Bleibacher Tagespost.

Anzeigen-Zell.

Fischverkauf. Die Ausgabe von Jungem, Schellfischen, Seebrassen, Karpfen, Heilbutt, etc., findet Donnerstag vormittag von 9-12 Uhr bei Herrn Wegnermeister, Kaser, Kaiserstraße 4, statt, und zwar für den 3. Bezirk von Nr. 240-310 der Haushaltungs-Anweisung. Besondere Bezugarten sind nicht mehr nötig. Einweicht-papier mitbringen.

Biebrich, 4. Juli 1918. Der Magistrat. J. B. Trops.

Butterausgabe. Nachdem die Butter für diese Woche eingetroffen ist, kommen zu 60. (Preis 4.60 M. das Pfund) für jede Person zur Ausgabe. Die Ausgabe der Butter an die Händler geschieht heute nachmittag von 4 Uhr ab in unserer Verkaufsstelle Kaiserstraße 10, und muß diese Zeit strengstens eingehalten werden. Die Ausgabe zu anderen Zeiten darf unter keinen Umständen stattfinden.

Biebrich, 10. Juli 1918. Der Magistrat. J. B. Trops.

Bekanntmachung. Die Angehörigen von Kriegsteilnehmern, welche nach dem 30. März 1917 Kriegsunterstützung bezogen haben, werden aufgefordert, an folgenden Tagen im städt. Verwaltungsgebäude, Rathausstraße 59, Zimmer 1 und 3, Jahresquittung zu leisten und zwar: diejenigen mit dem Anfangsbuchstaben A bis R am Mittwoch, den 17. Juli 1918, nachmittags von 2½ bis 5½ Uhr und mit den Anfangsbuchstaben S bis Z am Donnerstag, den 18. Juli 1918, zur selben Stunde. Für den Waldstraßen-Bezirk erfolgt die Quittungsleistung am 18. Juli 1918, gelegentlich der Auszahlung von Kriegsunterstützung, im Polizeirevier 2. Die Ausweiserte ist vorzulegen. Die Quittungsleistung kann nur durch die Empfangsberechtigten selbst erfolgen. Die Unterstüßungs-emplänger, welche die Jahresquittung in der festgesetzten Zeit nicht leisten, haben eine vorläufige Zahlungseinstellung der Kriegsunterstützung zu erwarten.

Biebrich, 6. Juli 1918. Der Magistrat. J. B. Trops.

18. Armeekorps.
Stellvertretendes Generalkommando.
Nr. 1111. Tab. Nr. 12 383 2733.
Gouvernement der Festung Mainz.
Nr. 111. Tab. Nr. 3. 792 28 275.

Betr.: Umverteilung von Arbeitskräften aus kriegswichtigen Betrieben.

Auf Grund des § 91 des Gesetzes über den Befehlungsanstand vom 4. Juni 1851 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 11. Dez. 1915 bestimmen wir für den Befehlungsanstand des 18. Armeekorps und des Gouvernements Mainz:

Verbieten ist, an Arbeiter und Angestellte, die in kriegswichtigen Betrieben oder Betrieben in unmittelbarer Verbindung mit diesen sind und den Wunsch, diese zu verlassen, nicht selbst zu erkennen gegeben haben, unmittelbar oder mittelbar schriftlich oder mündlich heranzutreten, um sie zum Aufgeben dieser Stellen mit oder ohne Kündigung zu veranlassen.

Zum Überhandnehmen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Die bezüglich der Umverteilung von Arbeitskräften durch Anzeigen in der Presse getroffenen Bestimmungen werden durch diese Verordnung nicht berührt.

Die Verordnung des stellv. Generalkommandos vom 14. 11. 1916 — Nr. 21 765 6721 — sowie diejenige des Gouvernements Mainz vom 21. 11. 1916 — Nr. 34 222 13 913 — werden aufgehoben.

Frankfurt a. M., Mainz, den 15. Juni 1918.

Stellv. Generalkommando 18. Armeekorps.
Gouvernement der Festung Mainz.

In der Woche vom 2.-7. September findet 3. Biebrich ein Rufus zur Aus- und Fortbildung von Jugendpägern und Jugendpägern statt. Persönlichkeiten, die sich der Pflege der kriegswichtigen Jugend widmen wollen, müssen baldigst ihre Meldung beim Kreis-Ausschuss für Jugendpflege einreichen. Der Meldung ist eine Ausstellung über Ausfall an Tagelohn und über beanpruchte Vergütung beizufügen.

Wiesbaden, den 4. Juli 1918.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses:
von Heimbürg.

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-Deutschlands bedeutendste Zeitung:

Das Hamburger Fremdenblatt

mit Handels- und Schiffsverkehrs-Nachrichten
und Kupferstich-Beilage
Rundschau im Bilde

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis:
monatlich M. 2.25, vierteljährlich M. 6.60
Probenummer kostenfrei und portofrei

Weit über 150000 Abonnenten

Bürgerverein E. D.

Die Geschäftsstunden in der Abteilung für Wohnungs- und Mietwesen

sind während der Sommermonate Mittwochs und Freitags abends von 8-9 Uhr Gartenstraße 7.

Für Wohnungsanmeldungen und Nachfrage liegen die Einzeichnungsbücher während des ganzen Tages in der Geschäftsstelle offen.

Abteil. für Wohnungs- u. Mietwesen.

Präm. Gold-Medaille



Paul Rehm,
Zahn-Praxis

Wiesbaden, Friedrichstr. 50, I.

Zahnschmerzbesichtigung, Zahnziehen, Nervösen Plombieren, Zahnregulierungen, Künstl. Zahn-ersatz in div. Ausführungen u. a. m.

Sprechst.: 9-6 Uhr. Telefon 3118.

Dentist des Wiesbadener Beamten-Vereins.

Nach 34jähriger treuer Pflichterfüllung verstarb heute infolge eines im Felde zugezogenen Herzleidens im hiesigen städt. Krankenhaus mein lieber Mann, Unteroffizier

Fritz Heres

im Alter von 37 Jahren.

Im Namen der Familie:
Marie Heres geb. Jauth.

Biebrich (Brunnengasse 1), 9. Juli 1918.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 2 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes aus statt.

Statt Anzeigen.

Heute nachmittag starb nach kurzer, schwerer Krankheit mein heißgeliebter Mann, der liebevolle Vater meiner Kinder, der Korvettenkapitän

Otto v. Luch

Inhaber des Eisernen Kreuzes
u. anderer Orden.

Mathilde v. Luch, geb. Diesener.
Haus Ulrich v. Luch.
Ernst August v. Luch.

Mürwik, 7. Juli 1918.

Beerdigung Mittwoch, 10. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle auf dem Friedhofsgel.

Ich bin vom 11. Juli ab 4 Wochen von Biebrich abwesend.

Sanitätsrat Dr. Strauß.

Statt Karten.

Franziska Bolle
Heinrich Kaiser
Verlobte.

Biebrich, Juni 1918.

Bekanntmachung.

Zufolge Auftrags des königlichen Amtsgerichts zu Wiesbaden wird das dem Eheleuten Josephine Wilhelm von Langsdorf und Helene geb. Bühler, 3. St. in Strahburg wohnhaft, im Grundbuch von Biebrich, Band 87, Blatt 1334 eingetragene Grundstück, 1/2 Hektar, 3. Karte 2, Parzelle Nr. 93, wider, jetzt Garten, Biebrich, 3. Gew., mit a) Gartenhaus, groß 14 ar 66 qm Samstag, den 13. Juli 1918, nachmittags 5 Uhr, in dem Rathaus dahier, Zimmer 30, öffentlich freiwillig versteigert. Die Versteigerungsbedingungen liegen in dem Amtszimmer des Unterzeichneten, Rathaus dahier, Zimmer 23/24, zur Einsicht offen. Bemerkt wird, daß das Gartengrundstück mit Obstbäumen bepflanzt, eingetriedigt ist und sich auf demselben ein Gartenhaus und Brunnen befinden.

Biebrich, den 4. Juli 1918.

Das Ortsgericht:

Laug, Vorsteher.

Rhein-Düsseldorfer-Rheindampfschiffahrt.

Jahrplan zwischen Mainz u. Bingen.

	am.	am.	am.	am.	am.	am.
Mainz	ab 8.10	10.10	12.00	2.00	3.30	6.00
Biebrich	8.35	10.35	12.25	2.30	3.55	6.20
Niederrhein	8.50	10.50	12.40	2.45	4.10	6.35
Altenheim	9.00	10.55	12.50	2.55	4.20	6.45
Freilands-Winkel	9.20	11.05	1.10	3.05	4.40	7.00
Freilands-Winkel	9.30	11.15	1.20	3.15	4.50	7.10
Freilands-Winkel	9.45	11.30	1.35	3.30	5.05	7.20
Freilands-Winkel	10.00	11.40	1.45	3.40	5.20	7.35
Bingen	ab 10.10	11.50	2.00	4.20	5.30	7.45

Verderbt dabei nicht mit den Jungen, was einer Schwerkraft im Feld errungen!

Wenn Warenmangel ist mein Blauen-Geld mit noch Mittwochs u. Samstag von 3-6 Uhr, sowie Sonntag von 1/2 bis 1 Uhr geöffnet.

Emil Schrepp,
Armenrührer 13.

Schuhreparatur
u. Schnellbesohlerei
Rathausstraße 2.
W. u. schnelle Bedienung.

Brennholz,
Latten und Schwarten
zu verkaufen. 720
Zimmermeister Robb,
Gartenstr.

Tücht. Heizer,
Schreiner,
Zimmerleute
u. 1 Elektriker
auch. 755
Hst-Guldenwerte.

Todes-Anzeige.

Schmerz erfüllt teilen wir mit, daß unser innigstgeliebtes Töchterchen und Schwesterchen

Eltschen

im jungen Alter von 3½ Jahren nach kurzem, schwerem Leiden sanft dem Herrn entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Heinrich Feh, 3. St. in Urlaub, nebst Frau
Katharina geb. Zimmer
und Kind.

Biebrich (Kaiserstr. 41), Wustwillenroth,
den 10. Juli 1918.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes aus statt.

Ein auch zwei
möblierte Zimmer
zu vermieten. 729
Näh. in der Gasse, d. d. St.

Einmal möbliertes Zimmer
zu vermieten. 731
Armenrührer 8.

Zimmer u. Küche
zu vermieten.
Näheres Armenrührer 17.

Kleine Wohnung
zu vermieten. 738
Friedrichstraße 22.

Zwei Wohnungen
zu vermieten. 740
Friedrichstraße 9.

Dachwohnung
3 Zimmer u. Küche
zu vermieten. 747
Friedrichstraße 8.

5-Zim.-Wohnung.
im 1. Stock mit Zubehör zum
1. Oktober zu vermieten.
747 Wollstr. 12.

Häuschen
u. Kleinbewohnen, 3 Zimmer,
u. Küche zu vermieten.
Weberstraße 21.

Herr sucht 1 bis 2
gut möbl. Zimmer
in ruhiger Lage, am liebsten mit
voller Verpflegung.
Angebote unter 1102 an die
Geschäftsstelle.

Tabak.
Meiner Vätertabak, solchen
50. gekostet, linker Bein
schmitt, sowie prima Cigan-
tabak einatmet bei

Kohlbaas,
Kaiserstraße 17.

Eisenbett mit Strohmattlage,
Kinderklappwagen
zu verkaufen.
Seppelheimerstraße 7b. u. I.

Wind-
harmonikas
in großer Auswahl
empfehle
Wilh. Deuser,
Kaiserstraße 30.
Rein Baden.

Arbeiter
ein. 753
Dr. Karl Hoffmann u. Co.
Waldhofstraße.

Tüchtige Schlosser
und Dreher
haben dauernde Lohn. Arbeit bei
Fa. Dr. S. Zedlitz u. Co.,
Verfasser-Druck,
Waldhofstraße 1. 215a

Fuhrknecht!
u. Laufjunge
gesucht.
Adam Schöbcher,
Kohlenhandlung, Wollstr. 10.

Tücht. Frauen
u. Mädchen
gesucht. 754
Waldhofstraße.

Verdensfabrik Hollighaus,
Waldhofstraße.

Mädchen
Ordentliches, zuverlässiges
zum 15. August gesucht.
Frau Dr. Helmer,
Schulstr. 21.

Wer erteilt Unterricht
in Stenographie und
Maschinenschriften
(Nachmittags oder Abendstunden)?
Ansch. u. 1101 an die Geschäftsstelle.

Medizinischen
Kosmetische.

Ein paar Grateletern
u. verschiedene zu verkaufen.
Zu erfragen i. d. Geschäftsstelle.

Mainzer Affenbier
in Flaschen empfohlen.
A. Juli, Kaiserstr. 1.
Gde. Jahrsstr. 183

Sommerfahrpläne
Gültig 30. Ma.

Bleiblicher Tagespost.
au haben
Einige Tausend
Wiesbadener, Str. 25.